



## SÜDOSTASIEN

Die EU bemüht sich um engere Kontakte mit den Ländern Südostasiens und unterstützt die regionale Integration in dem Verband südostasiatischer Nationen (ASEAN). Die EU ist ein starker Wirtschaftsakteur in Südostasien und wichtiger Geber von Entwicklungshilfe. Sie setzt sich für den Aufbau von Institutionen, Demokratie, verantwortungsvolle Staatsführung und Menschenrechte ein. Die EU hat mit Blick auf die Region geostrategische Bedenken, beispielsweise aufgrund der Streitigkeiten um das Südchinesische Meer, sowie ökologische Bedenken mit Blick auf die Mekong-Subregion. Sie mobilisierte ein „Team Europa“-Finanzpaket in Höhe von über 800 Mio. EUR für die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie in der Region und zur Abschwächung ihrer sozioökonomischen Folgen.

Gegenstand dieser Kurzdarstellung ist der südostasiatische Raum. Weitere Kurzdarstellungen sind Südasiens ([5.6.7](#)) und Ostasiens ([5.6.8](#)) gewidmet.

### RECHTSGRUNDLAGE

- Titel V (Auswärtiges Handeln der EU) des Vertrags über die Europäische Union (EUV);
- Artikel 206-207 (Handel) und Artikel 216-219 (Internationale Übereinkünfte) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV);
- Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) (bilaterale Beziehungen).

#### A. Verband südostasiatischer Staaten (ASEAN)

Das erste ASEAN-Gipfeltreffen wurde im Februar 1976 in Bali abgehalten und brachte Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand sowie Brunei Darussalam, Vietnam, Laos, Kambodscha und Myanmar/Birma zusammen. Der ASEAN verfolgt eine strikte Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten seiner Mitgliedstaaten.

Die EU und der ASEAN sind gleich gesinnte Partner in einem herausfordernden geopolitischen Kontext, die beide an den regelbasierten Multilateralismus glauben. Im Laufe von vier Jahrzehnten haben der ASEAN und die EU eine starke Beziehung aufgebaut, die vornehmlich auf Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beruht. Es besteht ein enormes Potenzial für ein größeres Engagement auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und gemeinsame Werten.

Die EU hat ein strategisches Interesse an der Entwicklung der regionalen Integration Asiens und strebt mit den einzelnen ASEAN-Mitgliedstaaten Partnerschafts- und



Kooperationsabkommen (PKA) sowie Freihandelsabkommen (FHA) an. Für den ASEAN ist die EU der zweitwichtigste Handelspartner, da 13 % des gesamten Handels mit dem Rest der Welt auf die EU entfallen. Der ASEAN ist – nach den USA und China – für die EU der drittgrößte Partner außerhalb Europas. Das übergeordnete Ziel ist weiterhin der Abschluss eines Freihandelsabkommens EU-ASEAN auf regionaler Ebene.

Das 36. ASEAN-Gipfeltreffen fand im Juni 2020 in Hanoi statt. Vor allem ging es um die Reaktion auf COVID-19, die Erholung nach der Pandemie und die weitere Zusammenarbeit. Die Führungsspitzen forderten außerdem [die Selbstbeschränkung und Nichtmilitarisierung im Südchinesischen Meer](#). Nach dem Gipfeltreffen mobilisierte die EU im Juli 2020 ein „Team Europa“-Finanzpaket in Höhe von über 800 Mio. EUR zur Unterstützung von Maßnahmen auf Länderebene und auf regionaler Ebene, um unmittelbar die COVID-19-Gesundheitskrise zu bekämpfen.

Das Parlament unterstützt die Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und dem ASEAN zur Schaffung einer strategischen Partnerschaft und zur Stärkung seiner Beziehungen mit den Parlamenten der ASEAN-Länder durch Schaffung eines interregionalen parlamentarischen Dialogs zwischen dem Europäischen Parlament und der AIPA<sup>[1]</sup>, der die parlamentarische Diplomatie stärkt.

#### **B. Asien-Europa-Treffen (ASEM) und Treffen im Rahmen der Parlamentarischen Partnerschaft Asien-Europa (ASEP)**

Das 14. Asien-Europa-Treffen fand im Dezember 2019 in Madrid statt und diente der Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dem politischen Dialog und der Förderung persönlicher Kontakte zwischen der EU und Asien.

Im September 2018 fand in Brüssel das zehnte Treffen im Rahmen der Parlamentarischen Partnerschaft Asien-Europa (ASEP-10) statt. Dabei hoben die Partner hervor, dass in den Bereichen Klimawandel, Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, Handelsbeziehungen und Menschenrechte wirksam und rasch gehandelt werden muss. Der Rückzug der USA aus dem Übereinkommen von Paris machte deutlich, wie wichtig die Beziehungen zwischen Asien und Europa und der Multilateralismus für eine auf Regeln basierende Weltordnung ist. Dies erfordert jedoch mehr Transparenz bei den Arbeitsmethoden. Das elfte Treffen im Rahmen der Parlamentarischen Partnerschaft Asien-Europa (ASEP-11) ist für 2021 in Phnom Penh (Kambodscha) geplant.

#### **C. Indonesien**

Das G20-Mitglied Indonesien ist die drittgrößte Demokratie der Welt und das größte Land mit einer muslimischen Mehrheit unter der Bevölkerung. Als Partner gewinnt das Land für die EU immer mehr an Bedeutung.

Indonesien hielt seine Präsidentschafts-, Parlaments- und Regionalwahlen im April 2020 ab. Zum ersten Mal fanden diese Wahlen gleichzeitig statt. Die endgültigen Wahlergebnisse haben ergeben, dass Joko Widodo (indonesische demokratische Partei) für eine zweite Amtszeit wiedergewählt wurde. Die Regionalwahlen sind für Dezember 2020 angesetzt. Dabei werden 9 Gouverneure, 224 Bezirksvorsteher und

---

[1]AIPA: Interparlamentarische Versammlung des ASEAN.



37 Bürgermeister im Land gewählt. Die Führungsposition und große Popularität Joko Widodos wurden durch COVID-19 herausgefordert. Die Regierung setzt ihre Priorität bei der Infrastrukturentwicklung unter Zuhilfenahme ausländischer und privater Investitionen. Die Politikgestaltung konzentriert sich auf kurze Sicht allerdings darauf, die Pandemie einzudämmen und die Wirtschaft wieder auf den Pfad des Aufschwungs zu bringen. Im Oktober 2020 wurde in Indonesien das umstrittene Gesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen verabschiedet, das laut der Regierung Investitionen anziehen wird. Wegen seiner befürchteten Auswirkungen auf die Umwelt und die Arbeitnehmerrechte wird es allerdings derzeit vor dem Verfassungsgericht angefochten. Die indonesische Wirtschaft stützt sich auf eine leistungsstarke Privatwirtschaft. Es wird erwartet, dass das BIP Indonesiens im gesamten Zeitraum zwischen 2018 und 2022 um etwa 5 % pro Jahr wächst. Die Regierung hat ihre Prognose aufgrund der Folgen der COVID-19-Pandemie jedoch nach unten korrigiert. Danach soll es einen Rückgang von 1,1 % bis zu einem Wachstum von 0,2 % verzeichnen.

Die Beziehungen zwischen der EU und Indonesien werden durch das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen aus dem Jahr 2014 bestimmt. Indonesien und die EU hielten die vierte Tagung des Gemischten Ausschusses im Februar 2020 in Jakarta ab. Dabei ging es vor allem um die jüngsten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die Umsetzung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens, die sektorale Zusammenarbeit und die Beziehungen zwischen der EU und dem ASEAN. Die Führungsspitzen bekräftigten ihre Verpflichtung gegenüber dem Übereinkommen von Paris sowie ihr Ziel, ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Umwelt, natürliche Ressourcen, Klimaschutz, legale Abholzung und Kreislaufwirtschaft auszubauen und zu beschleunigen. Da Palmöl weiterhin ein sensibles Thema für Indonesien ist (das der weltweit größte Palmölerzeuger ist und Beschwerde gegen die Biokraftstoffpolitik der EU bei der WTO eingereicht hat), forderten die Führungsspitzen eine Zertifizierung der nachhaltigen Erzeugung und des verantwortungsbewussten Handels.

Im Dezember 2019 fand die neunte Runde der Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indonesien in Brüssel statt. Dabei wurde ein breites Spektrum von Fragen erörtert, vor allem der Handel mit Waren und Dienstleistungen, Investitionen und Ursprungsregeln. Aufgrund der COVID-19-Krise hielten die EU und Indonesien im Juni 2020 eine virtuelle Verhandlungsrunde in den meisten Verhandlungsgruppen ab. Mit einem Gesamthandelswert von über 30 Mrd. EUR (2019) ist die EU der drittgrößte Handelspartner Indonesiens. 2017 beliefen sich die Investitionen der EU in Indonesien auf 33,1 Mrd. EUR. Der 5. sicherheitspolitische Dialog zwischen der EU und Indonesien wurde virtuell im Oktober 2020 abgehalten. Die EU und Indonesien erörterten die Bekämpfung des Terrorismus und des gewaltbereiten Extremismus, die Bekämpfung von Betäubungsmitteln, Friedenssicherung, maritime Sicherheit, Cybersicherheit, Nichtverbreitung und Katastrophenmanagement.

Am 24. Oktober 2019 nahm das Parlament eine EntschlieÙung zu dem vorgeschlagenen neuen Strafrecht Indonesiens an, das eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Religion oder der sexuellen Ausrichtung sowie eine Diskriminierung von Minderheiten ermöglicht. Es begrüÙte die Entscheidung Präsident



Widodos nach massiven Protesten von Tausenden von Menschen im ganzen Land, seine Annahme zu verschieben.

#### **D. Myanmar/Birma**

Die EU hat Myanmar/Birma bei seinem demokratischen Wandel aktiv unterstützt und eine führende Rolle bei der Wiederaufnahme der Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft mit Myanmar/Birma gespielt, seit das Land begann, die Demokratie wiederherzustellen und sich der Welt gegenüber zu öffnen. Aufgrund der jahrzehntelangen internationalen Isolation und entsprechender Sanktionen gibt es kein offizielles Rahmenabkommen. 2016 hat der Rat eine Strategie für die Beziehungen zu Myanmar/Birma gebilligt.

Seit den Wahlen im Jahr 2015 konnte die EU, darunter auch das Europäische Parlament, Fortschritte bei den demokratischen Reformen beobachten. Aung San Suu Kyi tritt als Staatsberaterin, Ministerin für auswärtige Angelegenheiten und Ministerin des Büros des Präsidenten auf und verfügt über reale Exekutivbefugnisse. Die Verfassung von Myanmar/Birma, die 2008 von der Militärregierung erstellt wurde, schränkt jedoch die Handlungsmöglichkeiten der neuen Regierung ein. In dem Land herrscht nach wie vor der Bürgerkrieg, der 1948 begonnen wurde. Im Oktober 2015 wurde eine Waffenruhe vereinbart, die jedoch von einigen aufständischen ethnischen Gruppen nicht unterzeichnet wurde.

Die letzten allgemeinen Wahlen fanden am 8. November 2020 statt. Die regierende Nationale Liga für Demokratie von Aung San Suu Kyi (NLD) gewann ausreichend Sitze im Parlament, um eine neue Regierung zu bilden. Die von Myanmars Armee unterstützte Opposition beschuldigte allerdings die Regierung wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten.

Die EU ist ein wichtiger Wirtschaftspartner und Geber von Entwicklungshilfe und fördert die Demokratie und den Aufbau von Institutionen. Im Zeitraum 2014-2020 stellte sie hierfür 688 Mio. EUR zur Verfügung. Der Warenverkehr zwischen den beiden Partnern erreichte 2019 einen Gesamtwert von 3,4 Mrd. EUR. Als eines der am wenigsten entwickelten Länder profitiert Myanmar von der Handelsinitiative „Alles außer Waffen“ im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS), das Unternehmen für alle Erzeugnisse mit Ausnahme von Waffen und Munition erlaubt, zollfreie und kontingentfreie Ausfuhren auf den EU-Markt zu tätigen.

Myanmar/Birma hat mit einer Eskalation der Spannungen zwischen den Gemeinschaften zu kämpfen. Am 21. August 2020 wurde das vierte Treffen der Friedenskonferenz („21st Century Panglong“) wiederaufgenommen. Im Rahmen der Konferenz sollen Konflikte zwischen dem Militär und ethnischen aufständischen Gruppen gelöst werden, indem ein landesweites Waffenstillstandsabkommen in eine dauerhafte Einigung überführt wird.

Der 6. Menschenrechtsdialog EU-Myanmar/Birma fand im Oktober 2020 statt. Die EU und Myanmar/Birma erörterten die Situation im Rakhaing-, Kachin- und Shan-Staat, den Zugang zu humanitärer Hilfe und die Lage der Binnenvertriebenen sowie die Verantwortung für mutmaßliche Menschenrechtsverstöße, Grundrechte und Grundfreiheiten, wirtschaftliche und soziale Rechte, Arbeitnehmerrechte, die Rechte von Frauen und die Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte in multilateralen



Foren. Die EU bestätigte ferner ihre starke Unterstützung für den demokratischen Wandel in Myanmar/Birma, vor allem im Zusammenhang mit seinem Friedens- und Aussöhnungsprozess.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt derzeit die Menschenrechtslage, insbesondere mit Blick auf die Verfolgung der Rohingya im Bundesstaat Rakhaing. Seit August 2017 sind über 800 000 Rohingya nach Bangladesch geflohen, um der Verfolgung in Myanmar/Birma zu entgehen. Im August 2019 lehnten Tausende von Flüchtlingen die Versuche von Bangladesch, Myanmar/Birma und der VN ab, sie aufgrund von Sicherheitsbedenken in die Heimat zurückzusenden.

Das Parlament verurteilte in seiner EntschlieÙung vom 19. September 2019 die Verstöße gegen die Menschenrechte der Rohingya. Im November 2019 reichte Gambia auf der Grundlage der Völkermord-Konvention der Vereinten Nationen eine Klage beim Internationalen Gerichtshof (IGH) gegen Myanmar/Birma ein. Aung San Suu Kyi erschien im Dezember 2019 vor dem IGH, wies sämtliche Behauptungen wegen eines beabsichtigten Völkermords zurück und verteidigte die Tatmadaw, die Streitkräfte Myanmars. Im Januar 2020 erließ der IGH Dringlichkeitsmaßnahmen und forderte Myanmar damit auf, die Gewalt in Rakhaing zu stoppen und Beweise für einen möglichen Völkermord zu sichern.

#### **E. Philippinen**

Im Mai 2016 gewann Rodrigo Duterte mit 39 % der Stimmen die Präsidentschaftswahlen. Seither hat er umstrittene Maßnahmen gegen den Drogenhandel ergriffen, darunter Schießbefehle, die zu schweren Menschenrechtsverletzungen führten. Präsident Duterte schlug zudem einen neuen Kurs in der Außenpolitik der Philippinen ein, indem er ungeachtet der Kontroverse um das Südchinesische Meer und der Tatsache, dass die Philippinen zu den Anspruch erhebenden ASEAN-Staaten in dieser Streitigkeit gehören, eine neue Allianz mit Russland und China schmiedete. Der ASEAN und China versuchen einen Verhaltenskodex auszuhandeln. Während der COVID-19-Krise wurden die Gespräche allerdings eingestellt.

Im Mai 2017 rief Duterte für die Insel Mindanao das Kriegsrecht bis Ende 2019 aus, was in erster Linie der Präsenz von Kämpfern des sogenannten Islamischen Staats in der mehrheitlich muslimischen Stadt Marawi und anderen Städten geschuldet war. Der IS bekannte sich zu den Anschlägen, die im September 2019 im Süden der Philippinen verübt wurden. Die EU unterstützte viele Jahre lang den Mindanao-Friedensprozess und begrüßte die friedvolle Durchführung des Referendums Anfang 2019. Die EU verpflichtet sich weiterhin zur Unterstützung der autonomen Region Bangsamoro auf Mindanao mithilfe verschiedener Instrumente.

Laut verschiedenen Umfragen unterstützt die große Mehrheit der Philippiner die Vorgehensweise der Regierung zur Eindämmung von COVID-19 und ihre Bemühungen zur Unterstützung derer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Duterte gewinnt an Vertrauen und die nächste Präsidentschaftswahl ist für Mai 2022 geplant.

Die EU hat zunehmend Bedenken wegen Menschenrechtsverstößen, insbesondere mit Blick auf außergerichtliche Hinrichtungen im Zusammenhang mit dem „Krieg den Drogen“ und dem im Juli 2020 verabschiedeten Gesetz zur Bekämpfung des





Terrorismus. Da die Philippinen seit Dezember 2014 das Handelspräferenzsystem der EU (APS+) nutzen, erinnerte die EU das Land auf der 108. Tagung der IAO-Konferenz in Genf im Juni 2019 an seine Verpflichtung, die internationalen Übereinkommen im Bereich Menschen- und Arbeitsrechte zu ratifizieren und umzusetzen, wie in dem APS-Plus-Abkommen festgelegt.

Im Jahr 2011 unterzeichneten die EU und die Philippinen ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommens, das im März 2018 in Kraft trat. Der [erste Gemischte Ausschuss](#) traf sich am 28. Januar 2020 in Brüssel und richtete drei fachbezogene Unterausschüssen ein: zu Entwicklungszusammenarbeit; zu Handel, Investitionen und Wirtschaftszusammenarbeit und zu verantwortungsvoller Staatsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten.

Im Rahmen des Gemischten Ausschusses können die Philippinen und die EU das volle Potenzial der Zusammenarbeit in verschiedenen Sektoren entfalten, um die bilaterale Beziehung und die Verbundenheit auf der Grundlage gegenseitigen Interesses und Respekts zu stärken.

Die EU ist ein wichtiger Geber für das Land und stellte im Zeitraum 2014-2020 Mittel in Höhe von 325 Mio. EUR zur Verfügung. Die Bereiche Rechtsstaatlichkeit und inklusives Wachstum stehen im Mittelpunkt. Der bilaterale Warenhandel zwischen der EU und den Philippinen belief sich 2019 auf 14,9 Mrd. EUR. Die EU ist ferner der viergrößte Handelspartner der Philippinen. Die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Philippinen wurden im Dezember 2015 aufgenommen. Die erste Gesprächsrunde fand im Mai 2016 statt. Dabei werden eine große Bandbreite von Themen behandelt, darunter Zölle, nichttarifäre Handelshemmnisse, Handel mit Dienstleistungen und Investitionen sowie Handelsaspekte des öffentlichen Auftragswesens, intellektuelles Eigentum, Wettbewerb und nachhaltige Entwicklung.

In seiner Entschließung vom 17. September 2020 forderte das Parlament die EU und die Mitgliedstaaten auf, die Annahme einer Resolution des UN-Menschenrechtsrats aktiv zu unterstützen. In der Entschließung wird die Kommission ferner aufgefordert, die Handelspräferenzen für die Philippinen vorübergehend auszusetzen, da das Land die Bedingungen im Bereich Menschenrechte nicht erfüllt.

## F. Vietnam

Die Beziehungen zwischen der EU und Vietnam stützen sich auf das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen aus dem Jahr 2016. Für den Zeitraum 2014-2020 werden insgesamt 400 Mio. EUR mit dem Schwerpunkt auf verantwortungsvolle Staatsführung, Energie und Klimawandel, vor allem im Mekongdelta, bereitgestellt.

Vietnam ist nach wie vor ein kommunistischer Einparteienstaat ohne politische Freiheiten. Zugleich ist es aber auch eines der erfolgreichsten Beispiele für ein Land, das den Übergang von einem gescheiterten kommunistischen Wirtschaftssystem zu einer offenen und marktorientierten Wirtschaft vollzogen hat. Das Land zählt zu den am stärksten wachsenden ASEAN-Ländern mit einer BIP-Wachstumsrate, die zwischen 2010 und 2020 durchschnittlich fast 7 % betrug. Der Handel mit Waren zwischen der EU und Vietnam belief sich im Jahr 2019 auf 45,5 Mrd. EUR. Die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) der EU in Vietnam lagen im Jahr 2018 bei 7,4 Mrd. EUR.



Das Parlament gab am 12. Februar 2020 seine Zustimmung zu einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam (FHA) sowie zu einem Investitionsschutzabkommen. Die EU und Vietnam ratifizierten das FHA am 8. Juni 2020 (und es trat am 1. August 2020 in Kraft). Das FHA umfasst die umgehende Beseitigung von 65 % der Zölle auf EU-Ausfuhren nach Vietnam und von 71 % der Zölle auf Einfuhren aus Vietnam. Die Ratifizierung des Investitionsschutzabkommens zwischen der EU und Vietnam durch einzelne Mitgliedstaaten steht noch aus.

Am 4. März 2019 fand in Brüssel die achte Runde des Menschenrechtsdialogs zwischen der EU und Vietnam statt. Dabei wurden Fragen wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Todesstrafe und die Cybersicherheit erörtert. Am 17. Oktober 2019 unterzeichneten die EU und Vietnam ein Rahmenbeteiligungsabkommen, um eine Rechtsgrundlage für die Beteiligung Vietnams an Krisenbewältigungsoperationen der EU zu schaffen.

## **G. Thailand**

Die Partnerschaft zwischen der EU und Thailand beruht auf einem Rahmenabkommen aus dem Jahr 1980. Im März 2013 schlossen beide Seiten die Verhandlungen über ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) ab, das jedoch nach dem Militärputsch im Jahr 2014 ausgesetzt wurde. Am 14. Oktober 2019 nahm der Rat Schlussfolgerungen an, in denen der Wunsch zum Ausdruck gebracht wurde, sich politisch allmählich wieder anzunähern. Seither konnten bei der Arbeit zur Vorbereitung der zeitigen Unterzeichnung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens Fortschritte erzielt werden, was die Zusammenarbeit zwischen der EU und Thailand erheblich ausweiten würde. Unterdessen werden zudem Maßnahmen ergriffen, um die Verhandlungen zu einem ambitionierten und umfassenden FHA wiederaufzunehmen.

Für Thailand ist die EU der drittgrößte Exportmarkt. Thailand seinerseits ist im Rahmen des ASEAN einer der wichtigsten Handelspartner der EU. Der bilaterale Warenverkehr belief sich 2019 auf 33,1 Mrd. EUR. Das 14. Treffen hoher Beamter zwischen der EU und Thailand fand am 16. Oktober 2019 in Brüssel statt. Dabei wurden die Themen Handel, Migration, Zusammenarbeit, Klimawandel und Menschenrechte erörtert.

Thailand ist eine konstitutionelle Monarchie, wird jedoch seit dem 22. Mai 2014 von einer Militärjunta regiert. Das Militär unterdrückte Gegenbewegungen mit der Ausrufung des Kriegsrechts. In diesem Zusammenhang wurde auch von Menschenrechtsverletzungen berichtet. Ende 2016 starb König Bhumibol Adulyadej. König Maha Vajiralongkorn Bodindradebayavarangkun wurde im Mai 2019 gekrönt, obwohl er den Thron bereits seit zwei Jahren innehatte.

Bei den Parlamentswahlen am 24. März 2019 gewann die pro-militärische Partei, wobei jedoch von Manipulationen, Fehlinformationen und Unstimmigkeiten bei der Wahlbeteiligung die Rede war. Prayuth Chan-ocha, der ehemalige militärische Anführer von 2014, wurde im Juni 2019 zum Premierminister ernannt. Cham-ocha war bereits von 2014-2019 unter dem „National Council for Peace and Order“ NCPO (Nationalrat für Frieden und Ordnung) Premierminister. Obwohl die Militärregierung im Juli 2019 offiziell endete, hat das Militär immer noch Einfluss auf die Regierung.



Bei den anhaltenden Protesten der Thailänder gegen die Regierung Premierminister Prayut Chan-ochas geht es auch um Forderungen nach Reformen der thailändischen Monarchie, was in der Gegenwart so noch nicht da war. Am 23. Februar 2020 wurde die erste Protestwelle durch die Entscheidung des Verfassungsgerichts ausgelöst, die bei jungen Menschen beliebte Oppositionspartei Neue Zukunft aufzulösen. Die Partei Neue Zukunft gewann die dritthöchste Anzahl von Sitzen im Repräsentantenhaus im Anschluss an die Wahlen im März 2019 und hat sich in den vergangenen Monaten als aktivste Oppositionspartei erwiesen. Am 15. Oktober 2020 rief die thailändische Regierung den Notstand im Versuch aus, den Protesten ein Ende zu setzen. Sie sicherte sich so das Recht, Ausgangssperren zu verhängen und das Kriegsrecht anzuwenden.

Im Februar 2017 nahm die Junta Friedensgespräche mit den Aufständischen in den südlichen Provinzen auf, in denen es eine muslimische Mehrheit gibt. Thailand leitete offiziell einen Friedensprozess mit der aufständischen Gruppe Barisan Revolusi Nasional Melayu Patani (BRN) aus Südthailand am 21. Februar 2020 in Kuala Lumpur ein. In den Verhandlungen wurde von Malaysia vermittelt.

Das Europäische Parlament nahm verschiedene Entschlüsse zu Menschenrechten, Arbeitsmigranten und Arbeitnehmerrechten in Thailand an.

## H. Kambodscha

Grundstein der Beziehungen zwischen der EU und Kambodscha ist das Kooperationsabkommen von 1977. Die EU ist der größte Geber des Landes und stellt im Zeitraum 2014-2020 Mittel in Höhe von 410 Mio. EUR zur Verfügung, die für die Verbesserung der Staatsführung und der Rechtsstaatlichkeit sowie für das Khmer-Rouge-Tribunal vorgesehen sind. Jahre des Bürgerkriegs haben Kambodscha zu einem der ärmsten Staaten Südostasiens gemacht. Nach dem Pariser Friedensabkommen von 1991 nahm Kambodscha 1993 eine Verfassung an, mit der die Grundlage für einen liberalen, demokratischen Staat mit einem Mehrparteiensystem und regelmäßigen Wahlen geschaffen wurde. Angesichts der beunruhigenden politischen Entwicklungen sowie der anhaltenden Beeinträchtigung der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit hat der Rat am 26. Februar 2018 entsprechende Schlussfolgerungen zu Kambodscha verabschiedet.

Ministerpräsident Hun Sen und seine regierende kambodschanische Volkspartei (CPP) gewannen zwar die Parlamentswahlen am 29. Juli 2018, nach Aussagen der Opposition sei der Wahlprozess jedoch weder frei noch fair gewesen. Der Vorsitzende der Oppositionspartei – der „Cambodian National Rescue Party“ CNRP (nationale Rettungspartei Kambodschas) – Kem Sokha wurde im September 2017 verhaftet. Sam Rainsy, der ehemalige Vorsitzende der CNRP, lebt seit 2015 im selbst gewählten Exil. Die CNRP wurde im November 2017 aufgelöst. Der Hausarrest von Kem Sokha wurde zwar im November 2019 aufgehoben, doch ist er weiter unter gerichtlicher Aufsicht. Er ist wegen Verrat angeklagt und ihm wurde verboten, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen. Berichten zufolge sagte Premierminister Hun Sen im September 2020, dass Sokhas Fall noch bis zu vier weitere Jahre vor Gericht verhandelt werden könnte, bis nach den Kommunalwahlen 2022 oder den nationalen Wahlen 2023.





Im Februar 2020 entschied die Kommission, einen Teil der Zollpräferenzen für Kambodscha im Rahmen der Handelsinitiative „Alles außer Waffen“ aufgrund von schwerwiegenden und systematischen Verletzungen der Menschenrechtsgrundsätze zurückzunehmen, die im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verankert sind. Die entsprechende Verordnung trat am 25. April 2020 in Kraft und wurde am 12. August 2020 wirksam. Die Wirtschaft Kambodschas ist auf internationale Hilfe und auf Textilausfuhren angewiesen, und es besteht eine große Abhängigkeit von den Lohnkosten. Die Rücknahme der Zollpräferenzen und ihre Ersetzung durch die EU-Standardzölle betreffen hauptsächlich Kleidung und Schuhe. Die Rücknahme macht ein Fünftel bzw. 1 Mrd. EUR der kambodschanischen Ausfuhren pro Jahr in die EU aus.

Im September 2017 nahm das Parlament eine EntschlieÙung an, in der es die kambodschanische Regierung aufforderte, die politisch motivierte Verfolgung von Kem Sokha einzustellen. Im September 2018 nahm es eine weitere EntschlieÙung an, in der es forderte, dass alle Vorwürfe gegen Kem Sokha fallen gelassen werden und er umgehend freikommt.

## I. Singapur

Die EU und Singapur arbeiten sehr eng in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie zusammen. Am 13. Februar 2019 haben die EU und Singapur drei Abkommen ratifiziert, die einen neuen Abschnitt einleiten. Dabei handelt es sich um das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Singapur (EUSPCA) sowie ein entsprechendes Freihandelsabkommen (EUSFTA) und ein Investitionsschutzabkommen (EUSIPA). Das Freihandelsabkommen mit Singapur ist am 21. November 2019 in Kraft getreten. Mit diesen Abkommen sollen die politischen, wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Parteien gestärkt und die Zölle auf beiden Seiten erheblich reduziert werden. Technische und nichttarifäre Handelshemmnisse werden in zahlreichen Sektoren abgebaut.

Die EU ist der dritt wichtigste Handelspartner Singapurs. Der bilaterale Warenhandel belief sich 2019 auf 47 Mrd. EUR. Singapur ist ein wichtiges Ziel europäischer Investitionen in Asien. 2017 betrugen die ausländischen Direktinvestitionen der EU 227 Mrd. EUR. Singapur ist wiederum der drittgrößte asiatische Investor in der EU. In dem Land fanden am 10. Juli 2020 allgemeine Wahlen statt. Das Datum dafür war eigentlich für den April 2021 angesetzt. Auf diese Weise erhielten Premierminister Lee Hsien Loong und seine Regierung die Möglichkeit, die derzeitige Bedrohung durch COVID-19 und seine wirtschaftlichen Auswirkungen zu bekämpfen. Lee Hsien Loong und seine Partei People's Action Party (PAP) gewannen 83 von 93 Parlamentssitzen, während die größte Oppositionsfraktion, die Workers' Party, die besten Ergebnisse in ihrer Geschichte erzielte und 10 Sitze gewann. Die PAP hat zuvor noch nie eine Wahl verloren und regiert den Stadtstaat seit 1959. Premierminister Lee Hsien Loong hat bereits vor langer Zeit angekündigt, dass er die Macht vor seinem 70. Geburtstag im Jahr 2022 übergeben werde. Finanzminister Heng Swee Keat, der Stellvertreter Lees, hat große Erfolgsaussichten.

Während sie die Arbeit der Zivilgesellschaft unterstützen, fordern die EU und das Parlament nach wie vor unmissverständlich die Abschaffung der Todesstrafe.



## J. Brunei Darussalam

Regiert wird das Land durch Sultan Hassanal Bolkiah, während Prinz Billah Bolkiah immer mehr Verantwortlichkeiten übernimmt. Es gibt keine politische Liberalisierung. Das Strafgesetzbuch wurde im Jahr 2014 mit Blick auf die Aufnahme eines neuen auf der Scharia basierenden Ansatzes überarbeitet. Im April 2019 wurde ein neues Strafgesetzbuch erlassen, in dem neue Strafen wie der Tod durch Steinigung für homosexuelle Beziehungen und Ehebruch sowie die Amputation von Gliedmaßen bei Diebstahl vorgesehen sind. Nach einem internationalen Aufschrei hat Brunei jedoch das Moratorium für die Todesstrafe verlängert.

Die EU bemüht sich aktiv darum, die Beziehungen zu Brunei Darussalam zu verbessern. Ein Rahmenabkommen gibt es allerdings noch nicht. Zwischen der EU und Brunei wird derzeit ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen verhandelt, das eine Reihe von politischen und wirtschaftlichen Bereichen abdecken wird. Die Beziehungen werden vor allem über den ASEAN gesteuert. Die EU war im Jahr 2018 der fünftgrößte Partner im Warenverkehr Bruneis. Der Gesamtwert belief sich auf 740 Mio. EUR. Der Handel zwischen der EU und Brunei bezieht sich hauptsächlich auf Maschinen, Kraftfahrzeuge und Chemikalien.

In seiner Entschließung vom 18. April 2019 verurteilte das Parlament das Inkrafttreten des Scharia-Strafrechts aufs Schärfste. Es bekräftigte seine Verurteilung der Todesstrafe und hob hervor, dass die Bestimmungen des Scharia-Strafrechts gegen die Verpflichtungen Bruneis nach den internationalen Menschenrechtsnormen verstoßen.

## K. Laos (Demokratische Volksrepublik Laos)

Die Beziehungen zwischen der EU und Laos stützen sich auf das Kooperationsabkommen aus dem Jahr 1997. Die EU stellt für den Zeitraum 2016-2020 500 Mio. EUR zur Verfügung und unterstützt den achten nationalen sozioökonomischen Entwicklungsplan von Laos. Mit dem Plan wird ein starkes Wirtschaftswachstum angestrebt und das Ziel verfolgt, bis 2020 den Status eines am wenigsten entwickelten Landes zu überwinden. Entwicklungskommissar Mimica besuchte Laos im September 2019, um die Beziehungen zu stärken und um über Themen wie Ernährung, verantwortungsvolle Staatsführung und handelsbezogene Hilfe zu sprechen.

Laos ist ein Einparteienstaat. Die Laotische Revolutionäre Volkspartei (LPRP) ist seit dem Ende des Bürgerkriegs im Jahr 1975 an der Macht und regiert das Land mit fester Hand und ohne Oppositionspartei, die sie herausfordern könnte. Die nächsten nationalen Wahlen des Landes sind für 2021 geplant. Laos baut derzeit seine Beziehungen zu China und zum ASEAN aus und bemüht sich darum, verstärkt Investitionen in das Land zu holen. Die Wirtschaftsreformen haben zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum geführt. Seit 2014 konnte durch Wirtschaftsreformen eine nachhaltige Wachstumsrate von über 7 % erreicht werden. Die COVID-19-Pandemie führte zu neuen Herausforderungen für diese Agenda, von denen einige das Wirtschaftswachstum betreffen, das Schätzungen zufolge auf -0,6 % bis -2,4 % im Jahr 2020 sinken wird.



Trotz der Wirtschaftsreformen ist das Land nach wie vor arm und von internationaler Hilfe abhängig. Laos gehört zu den am wenigsten entwickelten Ländern und kann daher die „Alles-außer-Waffen“-Handelsregelung der EU nutzen. Der Warenverkehr zwischen der EU und Laos erreichte 2019 einen Gesamtwert von 380 Mio. EUR.

Die EU richtete in der Vergangenheit besonderes Augenmerk auf die Menschenrechtslage im Land, darunter die Lage der Vertriebenen aufgrund eines großen Dammbaus am Mekong. Im März 2019 fand in Vientiane der neunte jährliche Menschenrechtsdialog zwischen der EU und Laos statt. Auf der 108. Tagung der IAO-Konferenz in Genf im Juni 2019 forderte die EU Laos auf, die Problematik der sexuellen Ausbeutung von Kindern zu bekämpfen.

## L. Malaysia

Die EU und Malaysia brachten im Dezember 2015 die Verhandlungen über ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zum Abschluss. Die Verhandlungsrunden zu einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Malaysia wurden im April 2012 nach sieben Runden auf Ersuchen Malaysias ausgesetzt. Die EU ist der drittgrößte Handelspartner von Malaysia und eine der größten Quellen ausländischer Direktinvestitionen. 2017 beliefen sich entsprechende Investitionen in dem Land auf 24,5 Mrd. EUR. Der Warenhandel zwischen beiden Seiten belief sich 2019 insgesamt auf 36,6 Mrd. EUR. Das BIP-Wachstum Malaysias lag bei 4,5 % im Jahr 2019. 2020 wurde das Wachstum allerdings durch die COVID-19-Pandemie ausgebremst.

Ende März 2019 gab die Kommission bekannt, dass die Verwendung von Palmöl in Kraftstoffen schrittweise abgeschafft werden soll. Grundlage hierfür ist die Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, mit der das Ziel von 32 % für den Anteil nachhaltiger Bioenergie festgelegt wird. Sowohl Indonesien als auch Malaysia protestierten dagegen und legten Beschwerde bei der Welthandelsorganisation (WTO) ein. Laut der EU führt die Erzeugung von Palmöl zu übermäßiger Entwaldung. Malaysia verweist allerdings mit Nachdruck darauf, dass es an der Verbesserung der Nachhaltigkeit seiner Palmölindustrie arbeite. Malaysia ist der zweitgrößte Palmölerzeuger der Welt und tritt aus Solidarität mit Indonesien in der indonesischen Sache als Drittpartei auf. Im Mai 2018 wurden in Malaysia Parlamentswahlen abgehalten, bei denen sich das Regierungsbündnis Barisan Nasional (BN), an dem auch die größte politische Partei Malaysias (United Malays National Organisation – UMNO) beteiligt ist, erstmals geschlagen geben musste. Premierminister Mahathir Mohamad, Vorsitzender der Alliance of Hope, trat an die Stelle von Najib Razak, der eine zwölfjährige Haftstrafe antreten müssen wird, wenn sein Einspruch kein Erfolg hat. Im November 2019 gewann die oppositionelle Koalition Barisan Nasional (BN) eine Nachwahl, und die Regierung von Premierminister Mahathir Mohamad zerbrach. Mit Unterstützung der UMNO vereidigte König Abdullah im März 2020 Muhyiddin Yassin, den Vorsitzenden der United Indigenous Party (PPBM), als Premierminister und Vorsitzenden der neuen Koalition Perikatan Nasional (PN). Am 13. Oktober 2020 ersuchte Oppositionsführer Anwar Ibrahim jedoch beim König darum, beweisen zu dürfen, dass er eine überzeugende Mehrheit für die Bildung



einer neuen Regierung im Parlament besitze, und forderte Premierminister Muhyiddin Yassin zum Rücktritt auf.

Das Europäische Parlament verurteilte die Todesstrafe sowie die mangelnde Achtung von LGBTI-Rechten und kritisierte scharf, dass Unmut in der Öffentlichkeit unterdrückt wird und friedliche Ausdrucksmöglichkeiten und eine öffentliche Debatte fehlen.

Jorge Soutullo / Andreas Striegnitz  
11/2020

